Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amtsamt 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Amtsamt 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Umsatzgenzeile Mk 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 30% Teuerungszuschlag.

Nummer 630. Montag, 22. Dezember 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Bewegte Sitzung der italienischen Kammer.

Stefanimeldung.

Rom, 21. Dezember.

Anschließend an die gestrigen Ausführungen des Ministers des Aeußern Scialoja in der Kammer brionte der Abgeordnete Salvemini die unbedingte Notwendigkeit, die Neutralisierung aller slawischen Häfen an der Adria zu fordern. Er erklärte sich sogar mit der Neutralisierung der ganzen Adria einverstanden.

Nach ihm kritisierte der offizielle Sozialist Modigliani das völlige Versagen der auswärtigen Politik Italiens, was sich namentlich in der Frage von Fiume gezeigt habe. Er fand sehr scharfe Worte gegen die Verbündeten Italiens. Am meisten müsse Amerika gerüchtet werden, dessen kapitalistische Kräfte nicht nur Fiume, sondern auch andere wichtige Punkte der adriatischen Küste mit Beschlag belegen wollten. Es sei unerlaßlich, von den Alliierten Zugeständnisse zu erwarten. Das Selbstbestimmungsrecht sei die erste Grundlage für die Betreuung Italiens und für die Festigung der Republik.

Die Ausführungen des Redners lösten auf der äußersten Linken stürmische Hochrufe auf die Republik aus, die mit Rücksicht darauf, daß die Republik verworfen wurde. Als Nitti darauf den Sozialisten zurief, daß die Wahrheit niemals dulden werde, wenn eine Mehrheit irgendwelche Einrichtungen mit Gewalt verlegen wolle, und als er dem König den Gruß des Parlaments entbot, erhoben sich dortum lebhafte Rufe: Es lebe der König! die auf der äußersten Linken mit dem Ruf: Es lebe die Republik! beantwortet wurden.

Die Kammer nahm die 242 gegen 216 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, wonach sie nach Anhörung der Regierungserklärungen die vorläufigen Budgetzwölftel bewilligt. Nitti hatte die Vertrauensfrage gestellt.

M. **Rom**, 21. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der von der gewaltigen Mehrheit der Kammer bekämpfte Nitti hat Auswärtigen konnte die endlich Lösung der Kammerfrage, die man als Frucht seiner Reise erwartete, nicht verhindern; er teilte lediglich mit, daß England und Frankreich erklärt seien, gemeinsam mit Italien neue Gegenvorschläge an Wilson zu richten. Als Ziel der italienischen Politik bezeichnete Scialoja nicht die Anliederung Fiumes an Italien, sondern eine sichere Bürgschaft seines italienischen Charakters; außerdem den Schutz der dalmatinischen Italiener und die Sicherung Italiens in der Adria.

Die Kammer nahm die Mitteilung des Ministers kühl und sichtlich mißbeziehungsvoll auf.

Italien als demokratische Friedensmacht.

Eigene Drahtmeldung.

M. **Rom**, 21. Dezember.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Nitti haben sichtlich den Zweck gehabt, die Kammer, das Land sowie die Außenwelt zu beruhigen. Erneut verteidigte er Frankreich und besonders Amerika; auch für die Südslawen fand er einige freundliche Worte. Italien wolle in der Welt die große demokratische Friedensmacht sein, es wolle keine neuen Kriege, sondern nur Friedenspolitik. Zur Durchführung dieses Programms müsse Italien den Friedensvertrag mit Deutschland und Oesterreich gutheißen.

Italien dürfe sich nicht einseitig auf das Adriaproblem festlegen; Fiume habe für das Land eine große moralische Bedeutung, aber keine wirtschaftliche. Nitti bekräftigte dann die Bemühungen der Regierung, in Fiume und Zara den gesetzmäßigen Zustand herbeizuführen, und betonte unter dem Beifall des ganzen Hauses die Notwendigkeit der Unterordnung des Militärs unter die Zivilgewalt. So werde das Adriaproblem unter der freundschaftlichen Mitwirkung Englands und Frankreichs bald gelöst sein.

Für Südtirol sagte Nitti erneut Selbstverwaltung und den Schutz der völkischen Gefühle zu.

Innerpolitisch erklärte der Ministerpräsident, für den Augenblick kein Programm entwickeln zu wollen, und gab unter lebhaftem Beifall nur bekannt, daß die Regierung eine Vorlage einbringen beabsichtige, nach welcher unter Abänderung des § 5 der Verfassung, das Recht der Kriegserklärung und des Abschlusses von Bündnissen der Volksvertretung übertragen werde.

Deutsche Beamte in polnischem Staatsdienst.

Ch. **Posen**, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Eine vom polnischen Minister für die ehemaligen preußischen Landesteile, Seyda, erlassene Verordnung über die Zusicherungen für Beamte deutscher Nationalität, die einstweilen im polnischen Staatsdienst verbleiben, wird jetzt wie folgt bekannt gegeben:

Die bisherigen deutschen Staatsbeamten, die zurzeit in an Polen abgetretenen Gebietsteile amtieren und für eine besonders bevorzugte Zeit in ihren bisherigen Stellungen verbleiben und ihre Dienste dem polnischen Staate anbieten wollen, sicert das polnische Ministerium für ehemalige preußische Landesteile folgendes zu:

1) Die hier stehenden Beamten werden dieselben Dienstbezüge erhalten wie Beamte polnischer Nationalität.

2) Die bei effektiven Beamten werden bei gleich den vorgesetzten Zivilbehörden unterstehen und dürfen wegen ihrer deutschen Nationalität weder in irgendeiner Weise schikaniert noch benachteiligt werden.

3) Nach Beendigung des Dienstvertrages dürfen die betreffenden Beamten unbehindert das polnische Staatsgebiet mit allem ihrem Hab und Gut, insbesondere ihrem Mobiliarvermögen verlassen.

Obige Bestimmungen haben rechtsverbindliche Art einer Rückfrage und das Ergebnis der polnisch-deutschen Verhandlungen in Berlin.

Haussuchungen bei Deutschen im Elsaß.

Paris, 21. Dezember. Nach Meldungen des „Temps" aus Kolmar hat der Bischof der Truppen in Elsaß, General Humbert, Haussuchungen bei mehreren Deutschen halten lassen. Bei verschiedenen Personen seien Gewehre, Revolver und Munition gefunden worden. Viel Personen sollen verhaftet worden sein.

Die Pariser Verhandlungen.

Erhebungen an Ort und Stelle?

Die Verhandlungen in Paris werden in sachlicher Weise weitergeführt, doch sind gewisse Hemmungen hinsichtlich des Ausmaßes der abzuliefernden Tonnage an Hafenmaterial eingetreten. Die verschiedenen Auffassungen zwischen den englischen und französischen Vertretern bestehen fort. Man wird sich wohl dahin einigen, daß an Ort und Stelle Erhebungen über das vorhandene deutsche Hafenmaterial erfolge. Ob dazu eine Kommission des Verbandes in die deutschen Hafenstädte entsandt werden oder ob nur telegraphische Erkundigungen eingezogen werden sollen, unterliegt der Entscheidung des Obersten Rates. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß durch diese Feststellungen eine weitere Hinausögerung der Friedensratifikation eintreten kann.

Den Meldungen aus dem Verbandslager über die Verhandlungen in der Auslieferungsfrage muß einiges Mißtrauen entgegengebracht werden. Sie sind offensichtlich — gleich den Meldungen der letzten Zeit über die Pariser Verhandlungen — darauf berechnet, die Beunruhigung in der deutschen Bevölkerung zu vermehren.

Polens Auslieferungsverlangen.

Paris, 21. Dezember. Dem Fünferrat ist ein Ersuchen der polnischen Regierung über die Auslieferung gewisser deutscher Offiziere und Beamten angegangen, deshalb während der Besetzung Polnisch des Vorgehens gegen das Waffenrecht schuldig gemacht haben sollen.

Oberschlesische Vorbereitungen zur Abstimmung.

Stx. **Oppeln**, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Presse brachte in den letzten Tagen Nachrichten über Vorbereitungen zur Aufnahme der Entente-Besatzung, insbesondere wurde aus Beuthen in Kattowitz geschossen, daß der Sitz der Verbandskommission Kattowitz sein wird. Wie ich von unterrichteter Seite erfahre, beruhen alle diese Meldungen auf Kombinationen. An mehreren Stellen ist wieder über den Zeitpunkt noch über die Art der Besetzung etwas bekannt. Auch bei den Vorbereitungen in Kattowitz handelt es sich um Maßnahmen, wie sie in Opp in und anderen Städten Oberschlesiens, aber auch in Flensburg, schon getroffen sind oder noch angemeldet werden sollen.

Herr von Simson in Paris eingetroffen.

Paris, 21. Dezember. (Havas.) Die zweite Abteilung der deutschen Kommission unter Führung des Ministerialdirektors von Simson ist heute früh hier eingetroffen.

Serbischer Grenzkrieg.

Paris, 21. Dezember. „Temps" meldet nach einer Mitteilung der montenegrinischen Regierung, daß zwischen dem 1. und 12. Dezember in der Umgegend von Cetinje blutige Kämpfe zwischen Serben und Montenegrinern stattgefunden hätten. Die montenegrinische Regierung habe ihre Proteste wegen der Besetzung durch die Serben bei der Friedenskonferenz wiederholt.

Eine belgische Schikane.

Die belgische Regierung hält noch 200 deutsche Kriegsgefangene zurück, weil die deutsche Regierung angeblich noch belgische Kriegsgefangene in Gefängnissen usw. verborgen halte. Lügenmeldungen der feindlichen Presse haben in der letzten Zeit des öfteren derartige Märchen aufgetischt.

An zuständiger Stelle wird nochmals auf das bestimmteste versichert, daß sich keine Gefangenen aus England, Frankreich, Belgien usw. in deutschen Lagern befinden oder sonst zwangsweise versteckt gehalten werden. Wenn sich in Deutschland noch Angehörige der Verbandsstaaten befinden sollten, die früher auf Gutshöfen oder Dörfern als Kriegsgefangene beschäftigt waren, so kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß diese Leute — wie in einem Falle auch ausdrücklich festgestellt worden ist — aus Furcht vor begangenen Verbrechen nicht in ihr Vaterland zurückkehren wollen.

Obwohl der belgischen Regierung die Unrichtigkeit ihrer Behauptung, daß noch 200 Belgier in Deutschland zurückgehalten würden, nachgewiesen ist, bleibt sie auf ihrem Entschluß bestehen und will die Geiseln erst dann ausliefern, wenn die deutsche Regierung ihr durch Bescheinigungen sämtlicher Lagerkommandanten nachgewiesen hat, daß Deutschland in diesem Punkt den Waffenstillstandsvertrag vollkommen erfüllt hat. Dieses Verlangen stellt lediglich eine Schikane dar. Und die deutsche Regierung hat nachdrücklich Einspruch erheben lassen, umsomehr als die deutsche Regierung ihr durch Bescheinigungen sämtlicher Lagerkommandanten nachgewiesen hat, daß Deutschland in diesem Punkt den Waffenstillstandsvertrag vollkommen erfüllt hat. Dieses Verlangen stellt lediglich eine Schikane dar. Und die deutsche Regierung hat nachdrücklich Einspruch erheben lassen, umsomehr als die zurückgehaltenen Deutschen in schlechten Unterkunftsräumen ohne Heizung und ohne Schutz gegen die Unbilden der Witterung untergebracht sind und ungenügend ernährt werden.

*

Paris, 21. Dezember. (Havas.) Anläßlich des Weihnachtsfestes hat die deutsche Regierung bei der französischen Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, daß katholische und protestantische Feldprediger die deutschen Gefangenenlager in Frankreich besuchen dürfen. Die französische Regierung hat diesem Gesuch entsprochen.

Notiz des W. T. B.: Wie wir erfahren, ist an amtlicher Stelle von einer Zusage der französischen Regierung nichts bekannt.

Heimkehr aus England.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den bisher noch in England zurückgehaltenen Gefangenen — ihre Zahl wurde am 9. Dezember von dem Prisoner of war-Informationsbureau in London auf 3621 beziffert — kehren 1800 Mann in den nächsten Tagen heim. Sie werden von den deutschen Dampfern „Wiesbaden" und „Belgia" abgeholt, die heute auslaufen und am 25. Dezember in Hull zur Einschiffung bereit sein werden. Voraussichtlich sind es die Internierten der Gefangenenlager Wakefield und Ripon, die hierbei heimgeschafft werden.

Die Baltikumkämpfer.

Der Abtransport der früheren deutschen Baltikumtruppen ist bisher völlig ruhig und ordnungsgemäß verlaufen. Heute tritt die schon angezeigte Transportpause ein. Am 27. Dezember werden die Transporte wieder aufgenommen. Man hofft, bis zum 5. oder 6. Januar den gesamten Abtransport der Baltikumkämpfer in das Innere Deutschlands vollenden zu können.

Die „Freiheit" befaßt sich am Sonnabend wieder mit den in Deutschland weilenden russischen Baltikumkämpfern, die im Lager Neiße untergebracht sind. Sie vertritt dabei die falsche Auffassung, daß wir frei über diese Leute verfügen können. Auf Beschluß der interalliierten Baltikumkommission sind diese 7- bis 8000 Russen nach Deutschland verlegt worden. Wie wir schon kürzlich ausführten, steht das Verfügungsrecht über diese russischen Soldaten bei der genannten Kommission. Wenn die deutsche Regierung diese Truppen abschieben würde, könnte der Verband dies als Neutralitätsbruch auslegen, denn er fordert, daß die Russen nach dem üblichen Neutralitätsrecht interniert und festgehalten werden. Die deutsche Regierung muß sich gemäß dem Waffenstillstandsvertrag diesem Wunsch der Entente fügen und die Anordnungen der Baltikumkommission befolgen.

Die „Rote Fahne" behauptet, daß nach wie vor in den russischen Gefangenenlagern in Deutschland für die Denikin-, Kolchakarmee usw. Truppen geworben würden. Diese Behauptung ist unwahr. Innerhalb des Deutschen Reiches werden keine Werbungen für irgendwelche russischen Armeen geduldet.

Der Dank der geflüchteten Deutschbalten.

Flüchtlinge aus dem Baltikum haben an den Kommandanten des Rückwanderervlagers Eydtkuhnen folgende Adresse gesandt:

„Wir in dem Rückwanderervlager Eydtkuhnen befindlichen Deutschbalten fühlen uns gedrungen, dem deutschen Volk unseren warmempfundenen Dank zum Ausdruck zu bringen. Nach alledem, was wir durchgemacht und erlitten, ist uns die hier erfahrene hochherzige Hilfe und Fürsorge doppelt wertvoll. Sie richtet uns wieder auf, gibt uns neuen Mut und Kraft, der Zukunft entgegenzusehen. — Wir aus der Heimat Vertriebenen haben ein Heim gefunden, für das wir nicht dankbar genug sein können; wir von Haß und Feindschaft Verfolgten finden hier Liebe und Teilnahme, die wir niemals vergessen werden. Es ist eine Zeit des Ausruhens, die wir hier verleben dürfen. Denen, die uns dazu verholfen, gebührt unser innigster Herzensdank. Wir bitten Ew. Hochwohlgeboren, auch allen Angestellten des Lagers und Beamten diesen unseren Dank übermitteln zu wollen. — Gott helfe uns ihn abtragen, indem wir uns bemühen, unserem gemeinsamen Vaterlande nicht zur Last zu werden, sondern zum Segen. Gott segne Deutschland!"

Kohlenmangel und Schiffahrt.

Nach einer Meldung aus Hamburg hat die Beseitigung der für den Seeverkehr und besonders die Hochseeschifferei gefährlichen Minen in unseren Küstengewässern, empfindliche Störung durch Mangel an Kohlen erlitten. Die Admiralität hat erklärt, daß sie trotz wiederholter bringender Anforderungen die nötigen Brennstoffmengen nicht erhalten könne. Der Deutsche Nautische Verein hat deshalb sich mit einer dringenden Beschwerde an die Regierung gewandt.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht es den Tatsachen, daß die Marine mit den für die Minensuchboote gedrosselten Bunkerkohlen (große Stücke) nicht auskommen kann, weil diese Sorte von der Eisenbahn demnach benötigt wird und in wachsenden Mengen auf Grund des Versailler Abkommens von der Entente beansprucht wird.

Es entsteht daraus die technische Frage, inwieweit die Marine imstande ist, sich mit anderen Kohlensorten zu behelfen, eine sehr schwierige Angelegenheit, weil die Schiffsfeuerungen fast noch weniger Ersatzbrennstoffe vertragen als die Lokomotiven. Im übrigen erscheint aber auch die Mengenforderung der Admiralität (etwa 30 000 Tonnen monatlich) reichlich hoch.

Die Kohlenschwierigkeiten im Reiche.

Den „P. B. N." wird aus Dortmund berichtet: Die Kohlenversorgung der beiden Elektrizitätswerke in Dortmund (das Westfälische Berbands-Elektrizitätswerk und das Städtische Elektrizitätswerk), welche den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit Strom versorgen, sowohl die Werke nicht selbst welchen produzieren, ist außerordentlich schlecht. Vom 24. bis einschließlich 29. Dezember kann an die Industrie überhaupt kein Strom abgegeben werden.

Die Kohlenversorgung Düsseldorfs ist noch mehr schlecht. Die Städtische Gasanstalt kann nur in ganz geringem Maße Gas abgeben. In der Industrie mußten Feierschichten eingelegt werden. Duisburg ist für einige Tage noch mit Kohlen eingedeckt, jedoch fürchtet man für die nächste Zeit, durch die allgemeine Kohlenkrise stark in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die großen Werke haben beschlossen, zwischen Weihnachten und Neujahr ihre Betriebe stillzulegen, um auf diese Art und Weise Kohle zu sparen.

Das Gaswerk in Halle liegt seit Sonnabend abend 5 Uhr wegen Kohlenmangel vollkommen still. Infolge dessen liegen der größte Teil der Stadt im Dunkeln und ebenso die Wohnungen, die auf Gas angewiesen sind, da andere Beleuchtungsmittel, wie Petroleum und Kerzen nicht vorhanden sind; ebenso ist diesen Haushaltungen das Kochen unmöglich. Ganz besonders wird durch den Gasmangel das Stadtbad Säuglingsheim betroffen, welches vollkommen auf Gas angewiesen ist.

Die soziale Frage in Spanien.

Von

Manuel de Montolino-Barcelona.

I.

Spanien durchlebt gegenwärtig eine überaus ernste Krisis infolge der außerordentlichen Schärfe, die der Klassenkampf seit einiger Zeit angenommen und die augenblicklich ihren Gipfelpunkt erreicht hat. Spanien, dem es dank den unermüdlichen Anstrengungen der deutschfreundlichen Elemente schließlich doch gelungen ist, aus der Kriegszeit hervorzugehen, ohne in den fürchterlichen Strudel mit hineingerissen zu werden, hatte den Preis für seine Neutralität schon so gut wie in der Hand. Ein bisher nie erlebtes finanzielles und industrielles Aufblühen ersprießte ihm die verlockendsten Aussichten für die Zukunft. Der entsetzliche Ruin der forschrittlichsten Völker Europas hob Spanien plötzlich auf den Gipfel des Reichtums. Ein wahres Geschäftsfieber hatte sich der kapitalistischen Klassen bemächtigt, und es sich ein, als ob dank einer glücklichen Wendung des Schicksalsrades die Stunde Spaniens in der Weltgeschichte zum zweiten Male geschlagen habe.

Alle diese schönen Hoffnungen scheinen jetzt in ein Nichts versunken zu sollen. Die allgemeine Erschütterung des Krieges hat auch das neutrale Spanien auf das tiefste bewegt. Der Klassenkampf, der den Horizont Europas mit dem Flammenzeichen der Revolution rötet, ist auch hier ausgebrochen, und zwar in Gestalt der schärfsten und gefährlichsten sozialen Zusammenstöße. Derselbe Reichtum, der aus Anlaß des Krieges sich wie ein Strom über das Volk ergossen hat, hat den arbeitenden Klassen als Anreiz gedient, um den Eintritt in das neue Zeitalter der gründlichen sozialen Reformen, das ihre Führer als unmittelbar bevorstehend verkündeten, zu erzwingen. Der Bolschewismus hat unter diesen Führern begeisterte Anhänger gefunden, und die kommunistischen Ideale radikalster Richtung wecken unter der spanischen Arbeitermasse eine wahrhaft fanatische Begeisterung. So ist es gekommen, daß nach kaum einem Jahre dasjenige Land, das wirtschaftlicher Blüte entgegen zu gehen schien, sich am Rande des Chaos und der Anarchie befindet.

Der Herd der ernsten sozialen Schwierigkeiten befindet sich naturgemäß in dem lebendigsten Teile der Nation: in Katalonien, noch genauer in seiner Hauptstadt Barcelona. Seine intensive Lebensbetätigung, die im Gegensatz zu so vielen anderen Gegenden Spaniens, die noch am Rande ihrer vergangenen Größe ruhig weiterschlafen, das katalanische Volk auszeichnet, hat zugleich die Wirkung, daß schon seit langer Zeit der soziale Kampf in Katalonien so gewaltsame Formen angenommen hat, wie man sie in einem anderen zivilisierten Lande schwerlich antreffen würde. Zu diesem Ergebnis trugen auf das stärkste bei, einmal der ausgesprochene Individualismus, der das katalanische Temperament charakterisiert, und sodann die feindliche, aber doch wenig wohlwollende Politik des Hinhaltens, die die Madrider Regierung seit vielen Jahren gegenüber Katalonien befolgt. Nicht ohne Grund sieht die Regierung in der wirtschaftlichen Blüte Katalaniens einer der kräftigsten Wurzeln der ganzen katalanischnationalistischen Bewegung, die Gewährung einer weitgehenden Selbstverwaltung fordert.

Der Zustand, in dem sich gegenwärtig das soziale Problem in Spanien befindet, ist folgender: Die spanische Arbeiterschaft, erwuchs von dem nutzlosen Kampfen gegen die täglich wachsenden Schwierigkeiten, die die mächtige industrielle Organisation mit ihrem Hauptsitz in Barcelona der gesamten Produktion bereitete, entschloß sich zur Schaffung eines großen Organismus für die gemeinsame Verteidigung ihrer Interessen und gründete zu diesem Zweck den „Spanischen Arbeitgeberverband" (Federación Patronal española), der, obwohl hauptsächlich von katalanischen Elementen geleitet, sich doch in bedeutenden Ortsgruppen über die ganze Halbinsel verzweigt. Eine seiner ersten Unternehmungen war die Einberufung eines Kongresses der Arbeitgeber, der im Oktober in Barcelona stattfand, und auf dem Arbeitgeber aus ganz Spanien vertreten waren. Ergebnis dieses Kongresses war die Annahme eines schwerwiegenden Beschlusses: die Erklärung einer allgemeinen Aussperrung für ganz Spanien und zwar in abgestufter Form: zuerst in Barcelona, dann in Katalonien und darauf in dem übrigen Teil der Halbinsel, und zwar so lange, bis man das erlangt haben würde, was der Verband sich als Ziel gesetzt hatte.

Welches Ziel verfolgten nun die spanischen Arbeitgeber, als sie einen so ernsten Entschluß faßten? Auf diese Frage kann man nicht antworten, ohne gewisse Tatsachen der jüngsten Vergangenheit mit in Betracht gezogen zu haben.

In Spanien regierte seit dem Juli dieses Jahres das Kabinett Sanchez de Toca, das man im Hinblick auf sein politisches Vorleben als konservativ-diffident ansehen kann, denn es ist eine konservative Gruppe, die aus der letzten Aera Maura entstanden ist, als dieser zusammen mit seinen Ministern seinen Posten verlassen mußte wegen der unversöhnlichen Gegnerschaft der Linksparteien. Das konservative Kabinett Sanchez de Toca war das Kind einer Verschwörung, deren eigentliche Väter die Parteien der Linken waren. Ohne eine Mehrheit im Kongreß lebte dies Kabinett eigentlich nur von der Gnade der Linken. Aber damit hört die Ungereimtheit nicht auf. Um sich möglichst lange die Unterstützung der Liberalen, Demokraten, Republikaner und Sozialisten zu sichern, hat Sanchez de Toca vom ersten Tage an eine derart nach links gerichtete Politik verfolgt, wie sie der katalanische Syndikalismus sich unter einer monarchischen Regierung nie hätte träumen lassen können; er wurde nicht nur geduldet, sondern wurde in seinen Ansprüchen ermutigt und begünstigt. In der Tat hat unter dieser Regierung das einzige Syndikat, das ungesetzlicherweise in Barcelona besteht, ungestraft ein in hohem Maß anarchistische Tätigkeit entfalten können, die Produktion gehindert und hat ohne alle Bedenken die gewaltsamsten und unsautersten Mittel angewendet gegen die Rechte und die Autorität der Unternehmungen. Diese, aufs äußerste erbittert durch die Begünstigung, mit denen das „konservative" Kabinett die maßlosen Forderungen des Syndikalismus nährte, entschlossen sich zu dem äußersten Hilfsmittel, das die kritische Lage, in die man geraten war, erforderte. Das ist in kurzen Worten die Einstehung der Aussperrung, zu der der spanische Arbeitgeberverband geschritten ist.

Die Aussperrung begann im November und wurde von allen industriellen Unternehmungen Barcelonas, die durch den Beschluß betroffen waren, durchgeführt. Anfangs der zweiten Woche kam die Reihe der Aussperrung an die katalanische Textilindustrie, die wichtigste von allen, sofort einsetzende Verhandlungen führten zwar zu einer Verständigung beider Teile durch Erhöhung des Tagelohnes. Ganz Barcelona freute sich dieser Lösung, die die Hoffnung